

EDITORIAL



❖ Der Wahlkampf zur Bundestagswahl 2002 geht nun in seine Endrunde. Als Hauptthemen haben sich der Arbeitsmarkt (Schwerpunktthema dieser Ausgabe) und die Familienpolitik (Schwerpunktthema der September-Ausgabe) in den Vordergrund des Werbens um die Wählerstimmen geschoben. Gerhard Schröder hatte sich an seinem Erfolg im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit messen lassen wollen. Und nun muss er zwei Monate vor der Bundestagswahl zur Kenntnis nehmen, dass diese entscheidende Ziffer seiner Leistungsbilanz im Vergleich zum Vormonat um knapp 8000 auf 3,95 Millionen Menschen noch einmal hochgeschossen ist. Für den Sommermonat Juni ist dies ein trauriger Rekord. Sachverständige des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung rechnen mit einem Jahresdurchschnitt von 4,2 Millionen Arbeitslosen. Da hilft es wenig, wenn der Bundeskanzler für die nächsten Monate auf eine Besserung vertraut. Die neuesten OECD-Zahlen machen den Regierenden mitten im Wahlkampf mit unüberbietbarer Deutlichkeit klar, wie schlecht Deutschlands Wirtschaft im Vergleich der 21 OECD-Staaten liegt: Alle fünfzehn Minuten – so hat Markus Schöneberger in einem Leitartikel des Rheinischen Merkur dargelegt – geht ein Unternehmen Pleite, möglicherweise 40000 in diesem Jahr, vor allem kleine Unternehmen, aber auch große wie Babcock Borsig. Des Kanzlers Politik der ruhigen Hand gerät angesichts dieser dramatischen Entwicklung zur Farce. Das Kernproblem des Arbeitsmarktes ist seit langem bekannt: Unser Arbeitsmarkt ist kein Markt, sondern er wird durch immer neue Vorschriften immer enger eingezäunt. Eigentlich weiß es jeder: Neue Gesetze schaffen keine Arbeitsplätze. Mehr Arbeit gibt es nur, wenn Steuern und Lohnnebenkosten sinken, wenn Löhne nur moderat steigen, wenn der Arbeitsmarkt endlich flexibler wird und die Anreize zur Arbeitsaufnahme verbessert werden.

Der Kanzler setzt auf die Ergebnisse der Hartz-Kommission, mit deren Umsetzung er

noch im August beginnen will. Aber der große Befreiungsschlag ist von den Ergebnissen dieser Kommission nicht zu erwarten. Zu sehr riechen sie nach noch mehr Gesetzen und noch mehr Verordnungen. Der

Arbeitsmarkt wird nur belebt, wenn er grundlegend entfesselt wird. Andere Länder wie die Vereinigten Staaten oder die uns näher liegenden Niederlande haben es vorexerziert.

Der Kanzlerkandidat der Union, Edmund Stoiber, war deshalb gut beraten, den Wählern ein Programm zum „Aufschwung für Arbeit“ vorzulegen, dass die Wirtschaft vor allem in den neuen Ländern ankurbeln und den Mittelstand – das Herzstück unserer Wirtschaft – stärken soll, um so die Arbeitslosigkeit zu senken. Zehn Milliarden Euro will er hierfür aufwenden, die durch Privatisierungserlöse, Rückflüsse aus nicht verbrauchten EU-Strukturfondsmitteln und Umschichtungen sowie Einsparungen im Bundeshaushalt und im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit aufgebracht werden sollen. Bei der Beobachtung des Wahlkampfes wird man an die Worte von Abraham Lincoln erinnert, der keineswegs ein Konservativer war und der immerhin die Sklaverei erfolgreich bekämpft hatte: „Ihr werdet die Schwachen nicht stärken, indem ihr die Starken schwächt. Ihr werdet denen, die ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, nicht helfen, indem ihr die ruiniert, die sie bezahlen. Ihr werdet den Armen nicht helfen, indem ihr die Reichen ausmerzt. Ihr werdet mit Sicherheit in Schwierigkeiten kommen, wenn ihr mehr ausgibt als ihr verdient. Ihr werdet kein Interesse an öffentlichen Angelegenheiten und keinen Enthusiasmus wecken, wenn ihr dem Einzelnen seine Initiative und Freiheit nehmt. Ihr könnt den Menschen nie auf Dauer helfen, wenn ihr für sie tut, was sie für sich selber tun sollten und könnten.“ ❖

Wolfgang Breyder